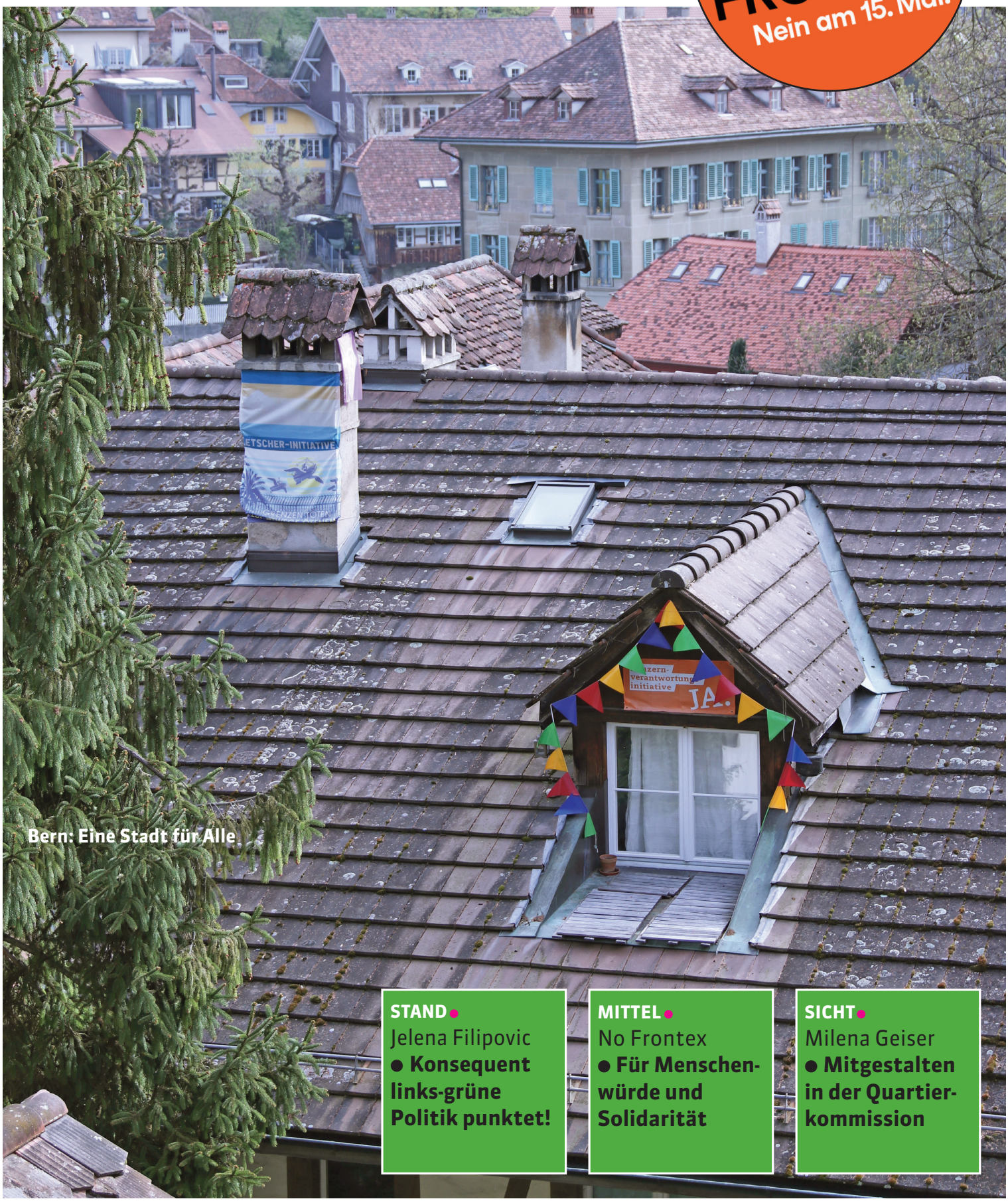
Nr.47 | April 2022

GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN

grün.

NO FRONTEX
Nein am 15. Mai!



Bern: Eine Stadt für Alle

STAND
Jelena Filipovic
● Konsequent links-grüne Politik punktet!

MITTEL
No Frontex
● Für Menschenwürde und Solidarität

SICHT
Milena Geiser
● Mitgestalten in der Quartierkommission

Konsequent links-grüne Politik punktet!

Das GB konnte sich am Wahltag über einen Wähler_innenzuwachs auf 11.8% und den neuen Sitz der Jungen Alternative JA! in der Stadt Bern freuen. Das Ziel, den dritten GB-Sitz im Grossen Rat zurückzugewinnen, haben wir leider haarscharf verpasst.

Seraina Patzen vertritt neu die Junge Alternative JA! im Grossen Rat – herzliche Gratulation!

Das Wahlergebnis zeigt, dass sich das Engagement des GB für einen konsequenten Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit im Kanton auszahlt. Das Wahlresultat ist für das GB (11.8%) und für die JA! (5%) massiv besser als 2018. Für den dritten GB-Sitz haben lediglich 191 Stimmen (10 Listen) gefehlt. Umso erfreulicher ist, dass der Wähler_innenzuwachs mit einer klaren Stärkung der gesamten linken Listenverbindung in der Stadt Bern einhergeht.

Mit unzähligen Standaktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen hat das GB von Beginn des Wahlkampfes an aufgezeigt, wie ein solidarischer, feministischer und grüner Kanton aussehen kann. Das GB war etwa anlässlich der Behandlung des kantonalen Energiegesetzes im Grossen Rat mit einem riesigen Kippschalter vor dem Rathaus präsent und forderte ein griffigeres Energiegesetz mit einem Verbot von Ölheizungen und einer Pflicht für Solaranlagen. Am internationalen Frauenkampftag lud das GB zum Suppenessen ein, um auf die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern aufmerksam zu machen – passenderweise mit einer violetten Randensuppe. Und an der Aktionswoche gegen Rassismus war die AG Migration und Internationales mit der gut besuchten Veranstaltung zum Einwohner_innen-Stimmrecht gemeinsam mit unserem wiedergewählten Grossrat Hasim Sancar auf dem Podium präsent.

Der diesjährige Wahlkampf stand auch im Zeichen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Peace-Fahne war deshalb eine ständige Begleiterin bei den zahlreichen Standaktionen in den Quartieren. Zudem machte das GB an zahlreichen Demonstrationen für den Frieden und gegen den Rohstoffhandel mit Russland mit.

Das starke grüne Wahlresultat in der Stadt und im ganzen Kanton war nur möglich dank all den zahlreichen Helfenden! Weiter gebührt ein grosser Dank den 20 Kandidat_innen, die einen kreativen und engagierten Wahlkampf geführt haben.

Jelena Filipovic, GB-Geschäftsführerin und Stadträtin

Abstimmungen vom 15. Mai

Stadt

- **JA** zum Einbau der Volksschule Baumgarten: Baukredit und Verpflichtungskredit

Kantonal

- **JA** zur Änderung der Kantonsverfassung (Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen)

National

- **JA** zum Filmgesetz
- **JA** zum Transplantationsgesetz
- **NEIN** zum Frontex-Ausbau

«Die Schule Baumgarten bietet aus pädagogischer Hinsicht grosse Vorteile: Die Lehrpersonen und Schulleitungen sind von Anfang an bei der Planung der Räume dabei. Sie wissen am besten, was es für einen modernen Unterricht braucht.
Das Ziel der Planung ist, dass im Unterricht möglichst individuelle Lernformen eingesetzt werden können. So wird die Chancengerechtigkeit optimal gefördert.»

Schule Baumgarten – Chance für individuelle Lernformen

Am Schulstandort Laubegg fehlt dringend benötigter Schulraum, da das Schulhausprojekt Wyssloch durch Einsprachen längerfristig blockiert ist. Die Zeit drängt, der städtische Raum ist knapp – unkonventionelle Lösungen können hier Abhilfe schaffen. Und die geplante Umnutzung eines Bürogebäudes in Schulraum bietet viele Vorteile.

Die Stadt plant, im Dienstleistungsgebäude an der Nussbaumstrasse 29 Räumlichkeiten zu mieten und diese so umzubauen, dass dort 18 Oberstufenklassen (Zyklus 3) einziehen können. Das Projekt hat durchaus kritische Punkte: Die Nähe zur Autobahn und der knappe Aussenraum werden bemängelt. Allerdings ist das Gebäude schalldicht gebaut und als Aufenthaltsbereiche sind Innenhöfe und Dachterrassen geplant. Weiter wird kritisiert, dass die fehlende Turnhalle beim Bizius-Schulhaus auf den Fussballrasen gebaut wird.

Aus GB-Sicht werden diese negativen Aspekte von den Pro-Argumenten mehr als aufgewogen: Einerseits wird die vorgeschlagene Lösung rechtzeitig verfügbar sein. Das Einspracherisiko ist gering. Dies ist angesichts der drängenden Schulraumproblematik ein wesentlicher Punkt. Andererseits muss weniger knapper Grünraum im Quartier verbaut werden, als dies bei einem Schulhaus-Neubau der Fall wäre. Das GB erachtet es als zukunftsweisend, leerstehende Büroflächen umzunutzen und so mit bestehenden Ressourcen sinnvoll umzugehen. Diese Räumlichkeiten können für zeitgemässe Pädagogik sogar besser geeignet sein als solche in traditionellen Schulhäuser mit allzu kleinen Klassenzimmern.

Sarah Rubin, Stadträtin GB

«Die Wohninitiative gibt der Stadt den Auftrag, sich aktiv am Wohnungsmarkt und an der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beteiligen. Im Viererfeld bietet sich dafür eine einmalige Chance. Bei der Vergabe der gemeinnützigen Baufelder sind daher nicht nur preisgünstige Kostenmieten einzufordern. Das Kontingent, welches für gemeinnützige Bauträger vorgesehen ist, muss deutlich erhöht werden.»

Soziale Wohnbaupolitik stärken

Aktuell ist eine Stimmrechtsbeschwerde zur Abstimmungsvorlage «Viererfeld/Mittelfeld: Abgabe von Land im Baurecht und Verpflichtungskredite» hängig. Das zeigt, wie schwierig es für die Stadt ist, aktiv am Boden- und Wohnungsmarkt teilzunehmen.

Bern braucht bezahlbare Wohnungen. Der Zugang zu solchen Wohnungen fördert den sozialen Zusammenhalt. Die angespannte Wohnungsmarktsituation mit ihren kontinuierlich steigenden Mieten stellt jedoch insbesondere einkommensschwache, aber auch mittelständische Haushalte zunehmend vor finanzielle Herausforderungen. Besonders in zentrumsnahen Quartieren setzen profitorientierte Immobilienbesitzer_innen hohe Mietzinssteigerungen bei Sanierungen durch. Hier greift leider die am 1. Januar 2020 in Kraft getretene Wohn-Initiative nicht, welche zwingend verlangt, dass bei Um- und Neueinzonungen ein Drittel Wohnungen in Kostenmiete erstellt wird. Soll insgesamt deutlich mehr preisgünstiger Wohnraum bereit gestellt werden, so muss auf den Bestand zugegriffen werden. An diesem Punkt stellt sich nun das folgende Dilemma: Solange die Stadt Bern bei Liegenschaftskäufen keine Marktpreise bezahlen kann und will, wird sie dem Markt nur einen marginalen Anteil des bestehenden Wohnraums entziehen können. Mit der Überbauung Viererfeld wurde immerhin der vorgesehene Anteil an gemeinnützigem und preisgünstigem Wohnraum auf 50 Prozent erhöht. An diesem Ort entsteht Wohnraum von signifikantem Ausmass. Es ist jedoch zu bedauern, dass auf dem restlichen Teil der Überbauung weiterhin private Investoren Profit machen können. Dies erscheint mit Blick auf die Wohnstrategie in keinster Weise zielführend.

Daniel Carvalho de Seixas, Architekt

Für Menschenwürde und S

Solidarische Städte

Laut UNHCR waren Ende 2020 mehr als 80 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele leben teilweise seit Jahren in prekärsten Verhältnissen in riesigen Flüchtlingslagern – z.B. in der Türkei, im Libanon oder in Pakistan. Unter den Geflüchteten sind sehr viele Kinder. Diese Situation ist unerträglich.
Gemeinsam mit 15 weiteren Städten und Gemeinden setzt sich die Stadt Bern dafür ein, mehr Flüchtlinge aufnehmen zu können. Die Städte wurden mit ihrem Anliegen mehrmals beim Bund vorstellig – etwa nach dem Brand im Camp Moria auf der Insel Lesbos oder im August 2021, als die Taliban in Afghanistan erneut die Macht übernahmen. Doch bislang liefen diese Bemühungen ins Leere. Der Bundesrat besteht darauf, dass er allein über die Aufnahme von Geflüchteten entscheidet.
Der Krieg in der Ukraine zeigt deutlich: Es ist unsere Pflicht, Menschen in Not zu helfen, von wo auch immer sie kommen.
In einem Appell fordern die GRÜNEN deshalb, dass der Bund Gemeinden und Kantonen nicht länger im Weg stehen darf. Das Parlament muss die Aufnahme von Flüchtlingen auf Antrag von Städten, Gemeinden und Kantonen ermöglichen.

Franziska Teuscher, Gemeinderätin GB

Hilf mit und unterschreibe rasch den Appell:
www.gruene.ch/kampagne/willkommensstaedte-und-solidarische-kantone-ermoeglichen

Das nationale Parlament hat entschieden, im Laufe der kommenden Jahre den Finanzbeitrag der Schweiz an die EU-Grenzschutzbehörde Frontex massiv zu erhöhen. Dagegen hat ein zivilgesellschaftliches Komitee das Referendum ergriffen – und viel Dynamik entwickelt. grün. sprach mit Selam Habtemariam und Saeed Farkhonde vom Referendumskomitee über die Abstimmung vom 15. Mai.

Selam Habtemariam und Saeed Farkhonde, ihr engagiert euch aktiv im Migrant Solidarity Network MSN. Das Netzwerk hat das Referendum gegen den Ausbau der Finanzierung von Frontex ergriffen. Wie ist es dazu gekommen?

● **Selam:** Das MSN ist ein sehr aktivistisch ausgerichtetes Netzwerk. Es ist das erste Mal, dass es sich so aktiv in die institutionalisierte Politik einmischt. Als die Erhöhung der Finanzierung von Frontex im Parlament beschlossen wurde, erwarteten wir eigentlich, dass jemand das Referendum ergreifen würde. Dass die etablierten Parteien das nicht machten, war für uns schon etwas enttäuschend. Doch es gab uns auch die Energie und Motivation, selbst aktiv zu werden.

● **Saeed:** Dass wir das Referendum ergriffen haben, löste viel Dynamik aus! Viele zivilgesellschaftliche Organisationen schlossen sich uns an. Auch die Grünen unterstützten das Referendum sehr schnell. Die Unterschriftensammlung lief langsam an – aber wir konnten mehr als 60'000 Unterschriften einreichen. Das ist ein grosser Erfolg, der uns stolz macht.

Warum ist euch der Einsatz gegen Frontex wichtig?

● **Saeed:** Mir ist es ein Anliegen, mich für offene Grenzen und den Schutz von allen Menschen einzusetzen. Ich bin selbst geflüchtet und habe Schutz benötigt – und nach langem Kampf hier gefunden. Ich weiss deshalb: Wir alle können in die Situation kommen, dass wir auf Sicherheit angewiesen sind. Frontex ist ein Teil der Festung Europa, die verhindern soll, dass schutzbedürftige Menschen nach Europa kommen können.

● **Selam:** Unzählige «Push-Backs» sind dokumentiert: Menschen werden daran gehindert, an den Aussengrenzen Europas ein Asylgesuch zu stellen – was eigentlich ihr Recht wäre. Sie werden wieder über die Grenze zurückgedrängt. In zahlreichen Fällen ist dokumentiert, dass Frontex mit vor Ort war, wenn solche Push-Backs stattfanden, und die Grenzbehörden der EU-Länder dabei unterstützt hat, Geflüchtete ab-

olidarität

Flyer der NEIN-Kampagne

zuweisen oder über die Grenze zurückzuschicken. Es sind 44'000 Fälle bekannt, in denen Frontex-Schiffe oder -Beamt_innen in der Nähe waren, als Geflüchtete im Mittelmeer, in der Ägäis oder anderswo gestorben sind.

● **Saeed:** Menschenrechte, Menschenwürde und Solidarität werden an den Aussengrenzen Europas jeden Tag verletzt – sich gegen Frontex einzusetzen, ist ein Anliegen für alle, denen diese Werte wichtig sind.

Es gibt Stimmen, die sagen, dass Frontex eine notwendige Organisation ist. Man müsse sie einfach besser kontrollieren, damit sie die Menschenrechte einhält. Wie seht ihr das?

● **Selam:** Die Festung Europa, für die Frontex steht, schafft ein Innen und ein Aussen. 44'000 Tote sind nicht einfach 44'000 Fehler – da läuft systematisch etwas falsch!

● **Saeed:** Was würden bessere Kontrollen den Geflüchteten denn bringen? Die Menschen, die im Mittelmeer sterben, werden davon nicht wieder lebendig. Die Geflüchteten, die nach einem Push-Back in Libyen in einem unmenschlichen Gefängnis sitzen, können keine Beschwerde einlegen…

● **Selam:** Aus unserer Sicht muss Frontex abgeschafft werden – deshalb NoFrontex. Abschaffen – das tönt so radikal. Aber wir sollten dieses Geld besser in lebensbejahende Projekte investieren.

Im Moment wird viel über die Geflüchteten aus der Ukraine gesprochen. Wie verändert das den Abstimmungskampf zum Frontex-Referendum?

● **Selam:** Es ist wichtig und richtig, dass die ukrainischen Geflüchteten gut aufgenommen werden. Aber das sollte für alle Geflüchteten so sein. Dass nicht alle Geflüchteten gleich willkommen geheissen werden, macht den systemischen Rassismus sichtbar.

● **Saeed:** Es ist schwierig abzuschätzen, wie das die Abstimmung beeinflusst. Einerseits kann uns die positivere Stimmung gegenüber Geflüchteten helfen. Andererseits machen die ukrainischen Menschen kaum Erfahrungen mit Frontex – die Agentur bleibt unsichtbar und tritt in den Hintergrund.

● **Selam:** Dabei ist Frontex ein Teil der Grenzindustrie und wird immer stärker aufgerüstet. Frontex gehört zu diesem militärischen Komplex, der Kriege wahrscheinlicher macht. Es gibt weniger Krieg, wenn wir Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Welt abschaffen – nicht durch mehr Waffen und eine Militarisierung der Grenzen!

Das Referendum ist schwierig zu gewinnen. Weshalb ist es wichtig, dass wir alle uns trotzdem mit voller Kraft dafür einsetzen?

● **Selam:** Ich bin auch nicht so optimistisch, aber jede Stimme gegen Frontex macht einen Unterschied. Geflüchtete sind von Rassismus stark betroffen; wir haben nicht so viele Verbündete. Für dieses Anliegen zu kämpfen, fühlt sich sehr richtig an!

● **Saeed:** Ich denke, es ist möglich, das Referendum zu gewinnen. Die 61 Mio., die Frontex uns kostet, sind ein grosser Betrag, das stört viele Menschen. Und es wäre ein wichtiges, ermutigendes Zeichen für Solidarität. Jeder Schritt vorwärts macht Mut.

Selam und Saeed, vielen Dank für dieses Gespräch!

Interview: Andi Geu, Redaktion grün.

AKTIONS●

Am 27. April um 19 Uhr veranstaltet das GB im Haus der Religionen ein Podium, an dem Saeed Farkhonde und Selam Habtemariam auftreten. Sie diskutieren mit GB-Stadträtin Anna Leissing und Ruth Gaby Vermot über das Frontex-Referendum.

Sparpolitik ohne Grundlage – das muss jetzt aufhören!

Die städtische Rechnung 2021 schliesst mit einem Überschuss von CHF 5.2 Millionen ab und liegt damit CHF 46.1 Millionen über dem budgetierten Defizit von CHF 40,9 Millionen.

Bei der Stadtratsdebatte um das Budget 2021 haben wir um sehr viele schmerzhafte Kleinstbeträge gestritten. Die vorherrschende Erzählung war, dass punktgenau 20 Millionen eingespart werden müssen. Sonst manövriere sich die Stadt in den Abgrund. Heute wissen wir: 2021 hat die Stadt 20 Millionen mehr Steuern eingenommen als prognostiziert. Unterdessen sind bereits massiv höhere Sparpakete für die nächsten Jahre beschlossen. Der Gemeinderat betreibt seit 2019 mit seinen übervorsichtigen Steuerprognosen eine Abbaupolitik auf Vorrat. Das muss aufhören.

Im Stadtrat: Ringen um jeden Rappen…

Auslöser war der einmalige Einbruch der Steuereinnahmen der juristischen Personen im Jahr 2019. In einer Überreaktion schlug der Gemeinderat einen radikalen Abbaukurs ein. Die Begründung konstruieren der Gemeinderat und die Finanzverwaltung immer wieder aufs Neue: Ausgehend von einer angeblichen «Steuer-Kehrtwende» führen sie abwechslungsweise die Pandemie, die STAF-Reform und aktuell den Ukrainekrieg als Treiber von Mindereinnahmen ins Feld. Die vom GB von Beginn an und immer wieder eingeforderten Analysen und transparenten Grundlagen für diese Argumentationen fehlen bis heute. Nach dem Einnahmerekord 2020 und dem positiven Rechnungsabschluss 2021 zeigt sich eindrücklich, dass der losgetretenen Sparhysterie falsche Prognosen zugrunde liegen.

Diese bürgerlich anmutende Sparlogik des Gemeinderats schadet der Stadt: Das Personal musste unter Hochdruck Abbaupakete schnüren, während die Verwaltung massiv abgebaut wurde. Dringliche Aufgaben wie Klimaschutz und Investitionen in die Armutsbekämpfung werden blockiert, und die Stadt spart bei den Kulturschaffenden und in der Alterspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir werden nicht lockerlassen, denn es braucht eine Kehrtwende; für eine lebenswerte Stadt für alle.

Ursina Anderegg, Co-Präsidentin GB und Stadträtin

Vorstösse | Erfolge

Endlich weg vom Erdgas

● In der Stadt Bern wird jeder dritte Haushalt mit Gas beheizt. Bei der Verbrennung von Erdgas entstehen grosse Mengen CO_2, was die Klimaziele gefährdet. Zudem führt uns der Krieg in der Ukraine drastisch vor Augen, wie die Verbrennung von Gas uns abhängig macht von skrupellosen Autokraten. Geht es nach dem Willen des Gemeinderats und der ewb, müssen wir noch lange auf den Gasausstieg warten. In der Antwort auf eine GB/JA!-Interpellation schreiben sie, das Gasnetz sei eine wichtige Übergangslösung für den Umbau der Wärmeversorgung hin zu erneuerbaren Energien. Der Umbau soll mit höheren Anteilen von Biogas und synthetischem Methan erreicht werden. Es gibt aber zu wenig Biogas und es ist zu kostbar, um es einfach zu verheizen. Um den dringend nötigen Gasausstieg zu beschleunigen, hat die GB/JA!-Fraktion im März zwei Vorstösse (mit-)eingereicht. Sie fordern, den Bezug von russischem Erdgas sofort zu stoppen und eine Ausstiegsstrategie aus dem Erdgas zu beschliessen.

Katharina Gallizzi, GB-Stadträtin

Aktiv mitgestalten in der Quartierkommission

Wir haben mit Anita Geret vom Stadtteil II, Daniel Carvalho de Seixas vom Stadtteil III und Sandro Leuenberger vom Stadtteil IV gesprochen.

Die Quartierkommissionen sind etwas Einzigartiges. Sie sind seit 40 Jahren von der Stadt Bern anerkannte und finanzierte Mitwirkungsorganisationen der Stadtteile. Sie sind als gemeinnützige Vereine organisiert und bieten eine Plattform für die Meinungsbildung. Dabei haben sie den Auftrag, den Dialog zwischen den Stadtteilen und der städtischen Verwaltung zu fördern. Oberstes Organ ist jeweils die Delegiertenversammlung, die sich alle zwei Monate trifft. Die Sitzungen sind öffentlich. Mitgliederorganisationen sind die im Stadtrat vertretenen Parteien und Organisationen wie Stadtteilvereine und Leiste, Interessengruppen, Kirchgemeinden, uvm. Quartieranliegen werden an regelmässig stattfindenden Versammlungen mit den entsprechenden Verwaltungsstellen besprochen. Man sucht und findet regelmässig gemeinsam Lösungen.

Beim Risotto für alle erzählen Mitglieder der Familie Lischetti – am Teich – wie wichtig es für sie ist, dass der Platz den ganzen Namen von Barbara Lischetti trägt.
Bild: Verein Q3012

Hohe Motivation

Besprochen werden zum Beispiel Recyclingstandorte, Verkehrs- und Schulraumplanung oder breitere Velostreifen anstatt Parkplätze im Quartier. Den drei GB-Delegierten gemeinsam ist ihre hohe Motivation, sich in ihrem Quartier für eine grüne(re) Stadt einzusetzen. Sie wollen die Stadt mit unterschiedlichen Menschen aktiv mitgestalten, egal welcher Partei oder welchem Verein diese angehören.

Erfolge in den Quartieren

- Als im Stadtteil IV das Quartierbad KaWeDe geschlossen werden sollte, wehrte sich die Quartierkommission erfolgreich dagegen. Alle zogen am gleichen Strang. Heute steht die Aufwertung des Elfenauparks und des Gebiets um die Stadtgärtnerei an, auch mit dem angedachten didaktischen Stadtbauernhof.
- Im Stadtteil III finden grosse Umwälzungen statt: vom Industriegebiet zur Schaffung von Wohnraum. Zum Beispiel auf dem Gaswerkareal oder in Ausserholligen. In Ausserholligen pochte die Kommission darauf, dass im Sinne einer durchgrünten Stadt weniger Fläche versiegelt wird.
- Im Stadtteil II in der Länggasse sollte der neu geschaffene Platz vor dem Unigebäude in der Mittelstrasse «Lischetti-Platz» getauft werden. Nur dank der hartnäckigen Intervention der Quartierkommission (QLE) heisst er nun «Barbara-Lischetti-Platz». Damit wird die erste Gleichstellungsverantwortliche der Universität Bern unverwechselbar gewürdigt. Auch geht die QLE Entwicklungsvorhaben proaktiv an. Sie beteiligt sich aktiv an Mitwirkungsprozessen der öffentlichen Hand und geht auf Private zu, wenn deren Vorhaben Auswirkungen auf die Quartiere haben. Dazu kann sie sich auf das breite Netz ihrer Mitgliederorganisationen stützen.

Zusammenarbeit mit dem GB

Seit 2020 trifft sich die GB/JA!-Fraktion regelmässig mit ihren Delegierten der Quartierkommissionen. So können Anliegen aus dem Quartier in die städtische Politik des GB einfliessen. Dieser Austausch wird von beiden Seiten geschätzt. Er trägt dazu bei, dass die Aktivitäten der GB-Delegierten in den Quartiervertretungen besser mit der Arbeit der GB/JA! Fraktion im Stadtrat abgestimmt werden.

Mit Anita, Daniel und Sandro hat Milena Geiser von der Redaktion grün. gesprochen.

AZB, 3000 Bern 1
Post CH AG
Grünes Bündnis
P.F. 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● **Podiumsdiskussion No-Frontex**
Am 27. April 2022 um 19 Uhr mit Saeed Farkhonde, Selam Habtemariam, Anna Leissing und Ruth Gaby Vermot.

● **GB-Frühlings-Apéro**
Am 25. Mai 2022 um 18.30 Uhr.

● **Save the Date**
Hier findest du die Daten für unsere nächsten Mitgliederversammlungen:
29. Juni 2022
24. August 2022
26. Oktober 2022

Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen erhältst du über den GB-Mailverteiler und per Post. Du bist noch nicht Mitglied? Höchste Zeit, das zu ändern! Jetzt über www.gbbern.ch Mitglied werden.

● **Jetzt aktiv werden!**
Treffen für Neumitglieder und Interessierte finden jeweils vor den Mitgliederversammlungen statt. Egal ob du Neumitglied, an einer Mitgliedschaft interessiert oder schon lange Mitglied und noch nicht aktiv bist: Du bist herzlich willkommen, an unseren Kennenlerntreffen teilzunehmen!
Melde dich unter info@gbbern.ch für das nächste Treffen an.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Sozialpolitik**
Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch
● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: info.internationales@gbbern.ch
● **AG Bildung**
Kontakt: info.bildung@gbbern.ch
● **AG Kommunikation**
Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch
● **AG macht**
Kontakt: info.macht@gbbern.ch
● **AG Ökologie**
Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch
● **AG Wohnen**
Kontakt: info.wohnen@gbbern.ch
● **AG Finanzen**
Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch
● **AG Polizei**
Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat
Geschäftsführerin: Jelena Filipovic
Grünes Bündnis Stadt Bern
Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.**
für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Andi Geu, Jelena Filipovic, Lisia Bürgi, Markus Heinzer, Milena Geiser, Stefan Dietiker
Lektorat:
Christine Michel, Marius Christen, Markus Heinzer
Fotos:
Judith Schönenberger, Joel Schweizer
Gestaltung:
Fritz Bürki
Druck:
Bubenberg AG, Bern
Redaktionsschluss
grün. Nr.48: 09.08.2022

SCHLUSS

Der Verkehrsfluss und die Insel der Seligen

Markus Heinzer, GB-Vize-Präsident, Präsident Verein Spurwechsel

Wenn Verkehrsplaner_innen tagträumen, sehen sie den Verkehr als unaufhörlichen Strom, der Inseln und Ufer umspült. Stockender Verkehr oder gar ein Verkehrskollaps prägen dagegen ihre Alpträume in der Nacht, von denen sie schweissgebadet aufwachen. «Stau» gilt bei ihnen als Unwort. Alles muss fliessen. Im Radio höre ich täglich um 17.30 Uhr, dass man für die Fahrt übers Wankdorf 5 bis 10 Minuten mehr einrechnen soll. Anschliessend ein gut gelauntes «Gute Fahrt! Kommt sicher nach Hause!» So schlimm kann das nicht sein, denn offenbar suchen viele Menschen den Stau geradezu. Insgeheim ist es wohl für viele ein beruhigendes Gefühl, in der kleinen Blechschachtel auf dem eigenen fahrbaren Untersatz noch einige Minuten Zeit zum Runterfahren zu haben. Bevor es dann zuhause wieder losgeht mit Verpflichtungen, Kindergeschrei und schwierigen Diskussionen. In Ruhe Musik hören, etwas durch die Gegend gucken, den Arbeitstag Revue passieren lassen und den Vögeln beim Nestbauen zusehen. Täglich zur gleichen Zeit am gleichen Ort innehalten und wahrnehmen, wie die Jahreszeiten wechseln: Dunkel wird hell, grün wird farbig. Den Lauf der Zeit spüren. Entschleunigung in einer hektischen Welt. Wer wünscht sich das nicht?
Ich möchte gerne dazu beitragen, dass uns der Stau auf den Autobahnen erhalten bleibt. Mindestens ein bis zwei Mal am Tag zu Spitzenstunden und auf ausgewählten Strecken. Es wäre zu schade um diese wertvollen Augenblicke der Achtsamkeit.